Antragsteller:	Lehmann, Andy	Aktenzeichen:	07.18-3107/16/24
Prüfdatum:	18.07.2024	Prüfung durch:	Bergau
Vorhaben:			
Angabe erforderlich! Be	ei Änderung und Erweitung von Vorhaben bzw. bei n	nehreren Vorhaben mit kumulierender Wirkung gg	f. UVP-Pflicht beachten!
Erstaufforstun	ng einer bisher landwirtschaftlich	genutzten Ackerfläche	2 72
Gemarkung N	liewisch, Flur 1, Flurstück 110; (Gesamtfläche 47959 m², davo n sich keine Flächen die kumu	n 47959 m² geplante Erstaufforstung. ulierend auf das geplante Vorhaben wirken.
Angenommener Angabe erforderlich!	r und betrachteter Einwirkungsbere	ich (Radius um Vorhabenmittelpu	inkt):
	ntende Einwirkungsbereich liegt	bei 250 Meter um die Vorhab	enaußengrenze.

A. Grundsätzliche Regelungen zur Feststellung der UVP-Pflicht

- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.
 März 2021 (BGBI. I S. 540) in der jeweils geltenden Änderungsfassung
- Gesetz über die Prüfung von Umweltauswirkungen bei bestimmten Vorhaben, Plänen und Programmen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung BbgUVPG) vom 10. Juli 2002 (GVBI.I/02, [Nr. 07], S.62) in der jeweils geltenden Fassung

§ 6 UVPG Unbedingte UVP-Pflicht bei Neuvorhaben

Für ein Neuvorhaben, das in Anlage 1 Spalte 1 mit dem Buchstaben "X" gekennzeichnet ist, besteht die UVP-Pflicht, wenn die zur Bestimmung der Art des Vorhabens genannten Merkmale vorliegen. Sofern Größen- oder Leistungswerte angegeben sind, besteht die UVP-Pflicht, wenn die Werte erreicht oder überschritten werden.

§ 7 UVPG Vorprüfung bei Neuvorhaben

- (1) Bei einem Neuvorhaben, das in Anlage 1 Spalte 2 mit dem Buchstaben "A" gekennzeichnet ist, führt die zuständige Behörde eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht durch. Die allgemeine Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien durchgeführt. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Neuvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Absatz 2 bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.
- (2) Bei einem Neuvorhaben, das in Anlage 1 Spalte 2 mit dem Buchstaben "S" gekennzeichnet ist, führt die zuständige Behörde eine standortbezogene Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht durch. Die standortbezogene Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung in zwei Stufen durchgeführt. In der ersten Stufe prüft die zuständige Behörde, ob bei dem Neuvorhaben besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 aufgeführten Schutzkriterien vorliegen. Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten vorliegen, so besteht keine UVP-Pflicht. Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass besondere örtliche Gegebenheiten vorliegen, so prüft die Behörde auf der zweiten Stufe unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien, ob das Neuvorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die die besondere Empfindlichkeit oder die Schutzziele des Gebietes betreffen und nach § 25 Absatz 2 bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Neuvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde solche Umweltauswirkungen haben kann.
- (3) Die Vorprüfung nach den Absätzen 1 und 2 entfällt, wenn der Vorhabenträger die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt und die zuständige Behörde das Entfallen der Vorprüfung als zweckmäßig erachtet. Für diese Neuvorhaben besteht die UVP-Pflicht. Die Entscheidung der zuständigen Behörde ist nicht anfechtbar.
- (4) Zur Vorbereitung der Vorprüfung ist der Vorhabenträger verpflichtet, der zuständigen Behörde geeignete Angaben nach Anlage 2 zu den Merkmalen des Neuvorhabens und des Standorts sowie zu den möglichen erheblichen Umweltauswirkungen des Neuvorhabens zu übermitteln.
- (5) Bei der Vorprüfung berücksichtigt die Behörde, ob erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch Merkmale des Vorhabens oder des Standorts oder durch Vorkehrungen des Vorhabenträgers offensichtlich ausgeschlossen werden. Liegen der

Behörde Ergebnisse vorgelagerter Umweltprüfungen oder anderer rechtlich vorgeschriebener Untersuchungen zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens vor, bezieht sie diese Ergebnisse in die Vorprüfung ein. Bei der allgemeinen Vorprüfung kann sie ergänzend berücksichtigen, inwieweit Prüfwerte für Größe oder Leistung, die die allgemeine Vorprüfung eröffnen, überschritten werden.

(6) Die zuständige Behörde trifft die Feststellung zügig und spätestens sechs Wochen nach Erhalt der nach Absatz 4 erforderlichen Angaben. In Ausnahmefällen kann sie die Frist für die Feststellung um bis zu drei Wochen oder, wenn dies wegen der besonderen Schwierigkeit der Prüfung erforderlich ist, um bis zu sechs Wochen verlängern.

(7) Die zuständige Behörde dokumentiert die Durchführung und das Ergebnis der allgemeinen und der standortbezogenen Vorprüfung.

B. Prüfung der möglichen Einordnung des Vorhabens in Anlage 1 des UVPG

Legende:

Nr. = Nummer des Vorhabens

Vorhaben = Art des Vorhabens mit ggf. Größen- oder Leistungswerten nach sowie Prüfwerten für Größe oder Leistung

X = Vorhaben ist UVP-pflichtig (obligatorische UVP) siehe § 6 UVPG

S = standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls (fakultative UVP): siehe § 7 Abs. 2 UVPG

A = allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls, siehe § 7 Abs. 1 UVPG

Nr. nach Anlage 1 UVPG	Vorhaben	Festlegung zur UVP	Zutreffend für o.g. Vorha- ben: Angabe erforderlich!
17.	Forstliche Vorhaben:		
17.1	Erstaufforstungen im Sinne des BWaldG mit		
17.1.1	50 ha oder mehr Wald	X	. 0
17.1.2.	Erstaufforstungen im Sinne des BWaldG mit mehr als 20 ha und bis weni- ger als 50 ha	А	0
17.1.3.	2 ha bis weniger als 20 ha Wald	S	✓
17.2	Rodung von Wald im Sinne des Bundeswaldgesetzes zum Zwecke der Umwandlung in eine andere Nutzungsart		N.
17.2.1	10 ha oder mehr Wald	X	0
17.2.2	5 ha bis weniger als 10 ha Wald	А	O
17.2.3	1 ha bis weniger als 5 ha Wald;	S	O

1. Zwischenergebnis:	Ja ¹	Nein ²
Das Vorhaben ist ohne Vorprüfung UVP-pflichtig (Nr. 17.1.1 oder Nr. 17.2.1)		· ✓
	Ja ³	Nein ⁴
Es ist eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 2 UVPG durchzuführen	√	0

⁴ Prüfverfahren beendet

¹ Prüfverfahren beenden, weiter mit Ergebnis des Prüfverfahrens veröffentlichen

² Prüfverfahren fortsetzten, weiter mit Durchführung der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls

³ Prüfverfahren fortsetzen, weiter mit Durchführung der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls

C. Durchführung der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls

Gem. § 7 Abs, 2 UVPG: Die standortbezogene Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung in zwei Stufen durchgeführt. In der ersten Stufe prüft die zuständige Behörde, ob bei dem Neuvorhaben besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 aufgeführten Schutzkriterien vorliegen. Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten vorliegen, so besteht keine UVP-Pflicht. Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass besondere örtliche Gegebenheiten vorliegen, so prüft die Behörde auf der zweiten Stufe unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien, ob das Neuvorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die die besondere Empfindlichkeit oder die Schutzziele des Gebietes betreffen und nach § 25 Absatz 2 bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Neuvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde solche Umweltauswirkungen haben kann.

Stufe 1 der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls Prüfung besonderer örtlicher Gegebenheiten gemäß Anlage 3 Nummer 2.3 UVPG Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien): Natura 2 000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes, 2.3.1 Natura 2000-Gebiete nach Naturschutzgesetz sind von dem geplanten Vorhaben nicht betroffen. 2.3.2 Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst, Angabe erforderlich! 6 Naturschutzgebiete sind vom Vorhaben nicht betroffen Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht 2.3.3 bereits von Nummer 2.3.1 erfasst. Angabe erforderlich! 6 Die geplante Erstaufforstung sowie der Einwirkungsbereich liegen nicht in einem Nationalpark oder sind Bestandteil Nationaler Naturmonumente nach Bundesnaturschutzgesetz. Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzge-2.3.4 setzes,

⁶ Die Lage in einem Schutzgebiet stellt einen besonderen Standortfaktor dar und macht eine weitere (allgemeine) Vorprüfung erforderlich → weiter mit 3 (Durchführung der allgemeinen Vorprüfung)

Bearbeiter: LFB31 B. Friedrich

Seite 3 von 8

Stand: 02.04.2020

⁵ Die Lage in einem Schutzgebiet stellt einen besonderen Standortfaktor dar, der eine weitere (allgemeine) Vorprüfung erfordert → fortsetzen der Prüfung mit 3. Durchführung der allgemeinen Vorprüfung

ngabe erforder	flich! ⁶
Die gepla schaftsso	ante Erstaufforstung sowie der Einwirkungsbereich liegen nicht in einem Biosphärenreservat oder Land- chutzgebiet nach Bundesnaturschutzgesetz.
as 0,	
2.3.5	Naturdenkmäler nach § 28 des Bundesnaturschutzgesetzes,
Angabe erforde	official 6
lm Berei Bundesr	ich der geplanten Aufforstung sowie im Einwirkungsbereich befinden sich keine Naturdenkmäler nach naturschutzgesetz.
2.3.6.	geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes,
bestand	lante Erstaufforstung sowie der Einwirkungsbereich befinden sich nicht in einem geschützten Landschafts- lteil nach Bundesnaturschutzgesetz. Alleen nach Bundesnaturschutzgesetz sind von dem geplanten Vorha- nt betroffen.
5	
2.3.7	gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes,
Angabe erford	
Dunues	silaturschutzgesetz
	Ore in a second of the second
2.3.8.	Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes,
Angabe erfor	derlich!
Wasse sowie (rschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete, Risikogebiete nach § 73 Absatz 1des Wasserhaushaltsgesetzes Überschwemmungsgebiete sind von der geplanten Erstaufforstung nicht betroffen.
	a k e e
2.3.9	Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits
	überschritten sind,

Angabe erforde	rlich!			
Dio gonl	onto Fasta W		¥ a	
festgeleg	ante Erstaufforstung liegt nicht in einem Gebiet in denen die in de gten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind.	en Vorschrifte	en der Europäische	n Union
	u 4"			
	2 9			
				25
2.3.10	Gehiete mit hoher Revälkerungsdichte inshagendere Zut L	0 / 1 0	W 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2	
	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale 2 des Raumordnungsgesetzes,	Orte im Sinn	e des § 2 Absatz 2	Nummer
Angabe erforderli	lich!		X	
			e 2 8	30
Das gepla	ante Vorhaben liegt nicht in einem Gebiet mit hoher Bevölkerungs	sdichte		
	a same	odionie.		
	2 d s		*	
12 41	9	1 <u>14</u>		
2.3.11.	in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkr	malandamble	o Dodondonius III	name of the same
	Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalsch	utzbehörde :	es, bouendenkmale als archäologisch b	er oder
	Teride Landschaften eingestuft worden sind.	unabolio do (alo aloridologiscii b	eueu-
Angabe erforderlic	un:			
	en Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landsc	_	*	
	# # # # # # # # # # # # # # # # # # #		Z 2	
				22
2. Zw	rischenergebnis:			
as Fraeh	nis der Stufe 1 der standortbezogenen Vorprüfung des Einzel-	Ja ⁷	Nein ⁸	
alls macht	eine weitere (allgemeine) Vorprüfung (Stufe 2) notwendig, da		a .	*12
ine UVP-F	Pflicht nicht ausgeschlossen werden kann (§ 7 Abs. 2 Satz 5	O	- 🗸	
IVPG)				- 1
(6		AMB	72 24	
3. Stu	ıfe 2 der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls bzw.		•	
urchführu	ing der allgemeinen Vorprüfung			
	Kriterien der Anlage			
	lerkmale der Vorhaben	ondou IZ-L	h t !!	
1.1 G	ie Merkmale eines Vorhabens sind insbesondere hinsichtlich folg röße und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens und, soweit re	ender Kriteri	en zu beurteilen:	
0	sowell re	nevant, der A	ADDISSARDEITEN,	
1.2 Zı	usammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vo	orhaben und	Tätigkeiten	
	2 243. 243.0000011111		augnottori,	
	= 3			

Prüfung mit der allgemeinen Vorprüfung fortsetzen (3.)
 Vorprüfung beenden, Prüfungsergebnis veröffentlichen (5.)

Bearbeiter: LFB31 B. Friedrich

Seite 5 von 8

Stand: 02.04.2020

1.3	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt,
1.4	Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes,
1.5	Umweltverschmutzung und Belästigungen,
1.6	Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf:
1.6.1	verwendete Stoffe und Technologien,
1.6.2	die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes,
	Chair an owner and y
1.7	Risiken für die menschliche Gesundheit, z. B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft.

2.	Standort der Vorhaben Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:
2,1	bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien),
2.2	Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebiets und seines Untergrunds (Qualitätskriterien),
2.3	Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien):
2.3.1	Natura 2 000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes,
2.3.2	Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst,
2.3.3	Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst,
2.3.4	Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes,
2.3.5	Naturdenkmäler nach § 28 des Bundesnaturschutzgesetzes,
	geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes,

2.3.7	gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes,
	government biotopo hadri g oo des buildesilaturschutzgesetzes,
2.3.8.	Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, Bisilian III in 1885 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 6 des Wasserhaushaltsgesetzes, Batz 6 des Wasserhaushaltsgesetzes, Batz 6 des Wasserhaushaltsgesetzes, Batz 7 des
	satz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes,
2.3.9	Cabiata in I
2.3.9	Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind,
2.3.10	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Raumordnungsgesetzes,
2.3.11.	in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.
i i	

3.	Merkmale der möglichen Auswirkungen
1	Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhahens auf die Schutzgüter sind anbend der unter den
100	Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen; dabei ist insbesondere folgenden Gesichtspunkten
	Nechharig zu tragen.
3.1	der Art und dem Ausmaß der Auswirkungen, insbesondere, welches geographische Gebiet betroffen ist
0 5	und wie viele Personen von den Auswirkungen voraussichtlich betroffen sind,
	SHOKESH SERVE STREET TO STREET SHIP.
3.2	dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen,
3.3	der Schwere und der Komplexität der Auswirkungen,
3.4	der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen,
	J
3.5	dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Eintretens sowie der Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Aus-
	wirkungen,
3.6	dem Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener
	Vorhaben,
3.7	der Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu vermindern.

Summarische Betrachtung, insbesondere unter Einbeziehung der Stellungnahmen anderer Fachbehörden und der angebotenen Ersatzmaßnahmen durch den/die Antragsteller/in:

4. Zwischenergebnis:

Das Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls lässt den Ausschluss einer erheblichen Nachteiligkeit i.S. des § 7 Abs. 2 UVPG annehmen.

Ja9

Nein¹⁰

UVP-Pflicht nicht gegeben (Ergebnis veröffentlichen 5.)
 Vorhaben ist UVP-pflichtig, UVP muss durchgeführt werden (Prüfergebnis veröffentlichen 5.) Bearbeiter: LFB31 B. Friedrich Seite 7 von 8

ENDERGEBNIS AUS 2., 3. und 4.:	20		Ja ¹¹	Nein ¹²
Das Vorhaben ist UVP-pflichtig:		182 V	0	√ √

Das Ergebnis ist zu veröffentlichen 5.

Die Veröffentlichung hat gem. § 5 Abs. 2 UVPG im Amtsblatt Land Brandenburg zu erfolgen, weiterhin im Internet des LFB und im UVP-Portal.

Datum, Unterschrift

Porstamt Oder-Spree Revier Groß Muckrow Heidelandstraße 49

Bearbeiter: LFB31 B. Friedrich

Ergebnis veröffentlichen (5.)Ergebnis veröffentlichen (5.)